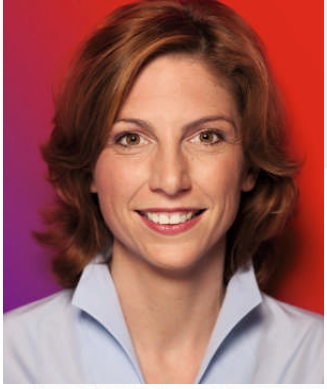

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
niemals hätte ich gedacht, dass dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe solch eine Bedeutung zukommt. Seit einem Jahr gehöre ich dem Ausschuss nun an und ich kann sagen, dass ich schon mehr Menschen direkt helfen konnte, als beispielsweise in den vier Jahren meiner Mitgliedschaft im Finanzausschuss. Es sind die Einzelfälle, die Schicksale, die berühren und bei denen wir als Parlamentarier DIREKT helfen können. Parallel dazu versuchen wir in den aktuellen Haushaltsberatungen für den Bereich der humanitären Hilfen mehr Geld zur Verfügung zu stellen, da die unzähligen Krisenherde den Bedarf immens erhöht haben. Frau Merkel und auch wir stehen da im Wort und trotz aller Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt ist es UNABDINGBAR den Haushaltsansatz hier zu erhöhen und nicht zu kürzen, wie es im Entwurf aus dem Finanzministerium vorgesehen ist. Die Beratungen versprechen spannend zu werden. Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Pflege – Gut und menschenwürdig muss sie sein!

Die Zahl der Menschen, die der Pflege bedürfen, steigt kontinuierlich an: Von derzeit 2,5 Millionen auf voraussichtlich über 4 Millionen bis zum Jahr 2050.
Um die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften zu verbessern, bringen wir eine umfassende Pflegereform auf den Weg.
Als ersten Baustein werden wir ab 1. Januar 2015 Leistungen im Umfang von insgesamt 2,4 Mrd. Euro ausweiten und flexibilisieren. Zum Beispiel bei der Tages- und Nachtpflege oder für neue Wohnformen. Bei der stationären Pflege sollen bis zu 45.000 zusätzlichen Betreuungskräfte zum Einsatz kommen können.
Viele, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sind erwerbstätig.
In dieser schwierigen Lebenssituation ist mehr zeitliche Flexibilität der elementare Schlüssel, um Beruf und Pflege zu vereinbaren. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, Pflegezeit und Familienpflegezeit mit Rechtsanspruch zusammenführen.
Manuela Schwesig hat einen guten Gesetzentwurf vorgelegt, der die berufstätigen pflegenden Angehörigen unterstützt. Zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft werden vermieden.
Im Gegenteil sorgen wir dafür, dass den Unternehmen engagierte Fachkräfte erhalten bleiben, wenn sie zeitweise kranke Familienangehörige pflegen müssen. Wichtig war uns, dass Menschen auch die letzten Tage im Leben eines Angehörigen begleiten können. Wir haben erreicht, dass künftig ein Anspruch auf eine dreimonatige Sterbebegleitung besteht. Diese Lösung wollte die Union nicht mittragen, aber wir konnten uns in den Verhandlungen glücklicherweise durchsetzen.
Auch unverpartnerte gleichgeschlechtliche Paare gehören zum Kreis der Anspruchsberechtigten.
Dafür haben wir uns mit Erfolg eingesetzt.
Gerade für den ländlichen Raum sind diese Lösungen enorm wichtig, da hier der Anteil der pflegenden Angehörigen sehr hoch ist.

Wirtschaft

Rüstungsexporte – Wir haben Transparenz gefordert!

Die Bundesregierung legte jetzt zum ersten Mal einen Zwischenbericht zu Rüstungsexporten vor. Damit werden die Transparenzmaßnahmen, die unsere Bundestagsfraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner gefordert hatten, umgesetzt. Bislang musste die Öffentlichkeit bis zu eineinhalb Jahre auf solche Informationen warten.
Mit dem Bericht liegt zeitnah zu den Entscheidungen eine Übersicht der Rüstungsexporte im ersten Halbjahr 2014 vor. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum Einzelausfuhren in Höhe von 2,23 Milliarden Euro genehmigt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 bedeutet dies eine Abnahme von Exportentscheidungen von rund 700 Millionen Euro. Das ist auch ein Indiz für die strengen Maßstäbe, die an die Genehmigungserteilung geknüpft werden.
Alle Rüstungsexportentscheidungen basieren auf den im Jahr 2000 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossenen „Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“. Die Bundesregierung hat mehrfach dargelegt, dass sie eine restriktive Genehmigungspraxis bei den Export von Rüstungsgütern verfolgt. Jede Exportanfrage wird einzeln überprüft, abgewogen und entschieden.
Eine Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn sicher ist, dass deutsche Rüstungsgüter im Empfängerland nicht für Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden oder Krisen verschärfen könnten.
Die Koalition bekennt sich nicht nur zu einer restriktiven Waffenexportpolitik, sondern stuft die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zugleich als eine Schlüsselbranche von nationalem Interesse ein. Es ist nicht erstrebenswert, dass Europa die Selbstversorgung mit Rüstungsgütern einstellt, um diese beispielsweise auf dem asiatischen Markt zu erwerben.
Die einmal erlangten Fähigkeiten in modernen Rüstungsunternehmen aufzugeben, wäre sicherheits- und wirtschaftspolitischer Unsinn. Wir brauchen eine Bündelung technologischer Stärken auf europäischer Ebene mit klaren, einheitlichen Standards in der Exportpolitik.

Sicherheit & Verteidigung

Bundeswehrkasernen – Da muss was geschehen!

Fast die Hälfte aller Bundeswehrkasernen ist sanierungsbedürftig. Die Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik unserer Bundestagsfraktion hat deshalb einen Haushaltsantrag auf den Weg gebracht, der sich dem Sanierungsstau annimmt.
Die Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten ist für die Attraktivität der Bundeswehr von herausragender Bedeutung. Vor allem in westdeutschen Kasernen herrscht aber ein erheblicher Sanierungsstau.
Darüber konnten sich die Experten unserer Bundestagsfraktion bei Standortbesuchen ein eigenes Bild machen.
Beim Zentrum Operative Kommunikation in Mayen stehen die Spinde der Soldaten in einer Turnhalle, die seit zwei Jahren abgerissen werden soll.
Auch bei den Großgeräten lassen die Rahmenbedingung oft zu wünschen übrig: Im Marinestützpunkt Eckernförde liegen die teuersten U-Boote der Bundeswehr an einem maroden Pier. Es gibt also dringenden Handlungsbedarf.
In einem gemeinsamen Antrag mit der CDU/CSU fordern wir deshalb das Verteidigungsministerium auf, den Sanierungsstau abzubauen.
In einem jährlichen Fortschrittsbericht soll dem Bundestag eine umfassende Sachstands- und Bedarfsanalyse vorgelegt werden. Die Sanierung der Kasernen ist nämlich eine Daueraufgabe, die wir ständig beobachten und überprüfen müssen.
Sollte der gesamte Sanierungsstau nicht auf einmal abgebaut werden können, sind nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien Prioritäten zu setzen. Die häufigen Personalwechsel bei den zuständigen Stellen vor Ort verzögern Sanierungsmaßnahmen.
Zusätzliches Personal bei den bearbeitenden Stellen und längere Stehzeiten der Infrastrukturoffiziere sollen dies ändern.
Wir sind mit den Ländern in Gesprächen, gemeinsam mit den Landesbaubehörden die Herausforderungen bei der Bauausführung zu lösen. Als Hauptgrund für den Sanierungsstau nennt das Ministerium die 2011 beschlossene Neuausrichtung der Bundeswehr.
Investitionen wurden unter Genehmigungsvorbehalt gestellt und zunächst vorrangig neue Konzepte erstellt. Daher blieben die Investitionen in die Infrastruktur mit rund 1,25 Milliarden Euro in 2012 und 2013 hinter den Vorjahren zurück.
Langfristig sieht das Ministerium 9,8 Milliarden Euro für die Liegenschaften vor. Mehr als die Hälfte soll in den kommenden sechs Jahren investiert werden.

Haushalt

Das Ziel bleibt klar – Ein Haushalt ohne neue Schulden!

Trotz der Korrektur der Wachstumsprognose halten wir an dem Ziel eines Haushaltes ohne neue Schulden für das Jahr 2015 fest. Das ist die gemeinsame Vereinbarung in der Koalition und ein wichtiger Schritt für die Schaffung zusätzlicher Handlungsspielräume in der Zukunft.
Die Bundesregierung muss jetzt gemeinsam mit den europäischen Partnern alles daran setzen, dass Europa auf einen Wachstumskurs zurückkehrt. Unsere Bundestagsfraktion setzt sich in den Beratungen zum Haushalt 2015 weiterhin für einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden ein.

Bonbon

„Mit Mut und Entschlossenheit wurde Malala zu dem, was Terroristen am meisten fürchten: Ein Mädchen mit einem Buch.“.

(Ban Ki Moon, UN-Generalsekretär)

Diese Zielrichtung haben wir in der Haushalts- und Finanzpolitik schon 2011 einstimmig auf einem Bundesparteitag beschlossen.
Die Bundesregierung hat jetzt ihre Wachstumsprognose für 2014 und 2015 gesenkt. Dieser Schritt hatte sich in den vergangenen Wochen schon angedeutet, da die Unsicherheit in der deutschen Wirtschaft angesichts der internationalen Krisen und der schwachen Wachstumsaussichten in Europa zugenommen hat.
Trotz der Korrektur der Wachstumsprognose halten wir an dem Ziel eines Haushaltes ohne neue Schulden für das Jahr 2015 fest.

Deutschland kann als exportorientierte Volkswirtschaft nur erfolgreich sein, wenn es in Europa insgesamt aufwärts geht. Deshalb muss die neue Europäische Kommission die Ankündigungen von Präsident Jean-Claude Juncker zügig umsetzen und ihre Vorschläge für ein Wachstumsprogramm konkretisieren.
Die Entwicklung der vergangenen Monate zeigt einmal mehr, dass wir in Europa mehr zur Stärkung des Wachstums unternehmen müssen.
Klar ist aber auch: Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Dazu gehört, dass die deutschen Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland deutlich verstärken müssen und ihre Gewinne nicht überwiegend im Ausland anlegen.

Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Finanzminister Wolfgang Schäuble suchen derzeit nach Wegen, private Investitionen in die Infrastruktur zu lenken. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt dies. Wir haben uns schon in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass mit prioritär zu finanzierenden Maßnahmen die Ausgaben für Bildung, Betreuung und Infrastruktur erhöht werden.

Nur gemeinsam können wir so die Voraussetzungen für neues Wachstum in Deutschland schaffen. Dieses Wachstum ist die Voraussetzung dafür, dass wir nicht nur im kommenden Jahr, sondern dauerhaft einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden erreichen können.

Termine

18.10.14	**20.00 Uhr**	**Musical Kultur Daaden e.V.** **3 Musketiere, Apollo-Theater Siegen**
19.10.14	**10.00 Uhr**	**Männersonntag,** **ev. Barockkirche Daaden**
20.10.14	*08.30 Uhr*	*„Praxis für Politik“* *Fa. Greenmaster Garten, Dierdorf*
	15.00 Uhr	*WFG Gesellschafterversammlung, AK*
	19.00 Uhr	*erw. SPD-Kreisvorstand* *Bürgergesellschaft Betzdorf*
22.10.14	*10.00 Uhr*	*Antrittsbesuch Landrat Müller* *Kreisverwaltung Siegen*
	12.00 Uhr	*Haus Marienberge, Elkhausen*
	14.00 Uhr	**VA „Sucht im Alter“,** **Ev. Kirchenkr.AG** **Hotel Glockenspitze Altenkirchen**
	16.00 Uhr	*Dhamma-Stiftung, Kloster Hassel*
	19.00 Uhr	*Jahreshauptvers. SPD Buchholz*
23.10.14	**15.00 Uhr**	**VA „Reformation und Politik“** **Marktkirche Neuwied**
	19.00 Uhr	*SPD Neustadt/Wied*
24.10.14	*19.00 Uhr*	*Frühstückstreffen der Frauen* *VA „Fünf Sprachen der Liebe“* *Hotel Sonnenhof Weyerbusch*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**